

Jörg Hofmann

Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg



Vorstellungsrede

**6. Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall
vom 24. bis 25. November 2013 in Frankfurt
„Kurswechsel – Gemeinsam für ein Gutes Leben“**

Frankfurt, 25. November 2013

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, dass ich die Gelegenheit habe, mich nochmals bei Euch vorzustellen.

Ich durfte dies ja schon auf den Delegiertenversammlungen der Bezirke tun und dort auch Fragen beantworten.

Daher kann ich heute diese Vorstellung kürzer halten und dem enggepressten Zeitplan anpassen.

Ich bin 57 Jahre alt, verheiratet, meine Frau ist Portugiesin, wir haben eine 12-jährige Tochter.

Nach Abitur und -sicherlich nicht typisch für einen Metalller - einer Ausbildung in der Landwirtschaft, studierte ich Ökonomie und Soziologie in Hohenheim, Paris und Bremen.

Auch dank unserer Hans-Böckler-Stiftung.

Seit meiner Jugend war ich gesellschaftspolitisch aktiv und dann während des Studiums in der Bildungsarbeit der IG Metall und der Beratung von Betriebsräten engagiert.

Seit 1987 bin ich Hauptamtlich. Zunächst 13 Jahre lang verantwortlich für Klein- und Mittelbetriebe in der Verwaltungsstelle Stuttgart,- auch die gibt es dort -,

dann für Fragen von Entgelt und Arbeitspolitik der Großbetriebe der Automobilindustrie.

Dazwischen lag 1990/91 eine für mich bis heute wichtige Phase mit dem Aufbau der Verwaltungsstelle Dresden.

Ab 1999 war ich Tarifsekretär in der Bezirksleitung Baden-Württemberg und seit 2003 der dortige Bezirksleiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich kann wohl sagen: Ich kenne daher

die Welt der Klein- und Mittelbetriebe, wie der Großbetriebe,

die der Verwaltungsstelle, wie die der Bezirksleitung und als Bezirksleiter zunehmend auch die des Vorstands.

Lasst mich drei kurze, eher inhaltliche Anmerkungen machen. Erstens:

Kolleginnen und Kollegen,

jede Zeit braucht ihre Antworten, auf die Bedingungen ihrer Zeit.

Und daher ist neben Kompetenz und Erfahrung, Kreativität gefragt: Ideen für eine lebendige, zukunftsgerichtete Gewerkschaft.

Eine Gewerkschaft, die sich aktuellen Fragen und Problemkonstellationen rechtzeitig stellt und den Mut hat, Antworten darauf zu formulieren.

Unsere Solidargemeinschaft der Metallerinnen und Metaller ist seit über 120 Jahren untrennbar mit dem Anspruch verbunden: Zukunft, Veränderung, Fortschritt zu gestalten.

Gleiche Teilhabe an diesem Fortschritt ist und bleibt auch im 21. Jahrhunderts der Schlüsselbegriff einer demokratischen und sozialen Gesellschaft.

Gerade angesichts der großen Umbrüche, vor denen die Arbeitsgesellschaft des 21. Jahrhunderts steht, oder korrekter, in denen wir uns mitten drin befinden.

Globalisierung, demographischer Wandel, neue Lebensentwürfe und -stile, Strukturwandel in unseren Branchen, sind Stichworte die deutlich machen:

Es braucht eine handlungsfähige und gestaltungsmächtige Gewerkschaft, wollen und sollen Beschäftigte hierbei nicht unter die Räder kommen.

Dabei geht es mir um die Suche nach Zielen und Lösungsvorschlägen im gleichen Maße, wie um das Finden und Beschreiten der Wege zu ihrer Durchsetzung.

Friedrich Schiller schrieb einen meiner Lieblingsätze:

“Veränderung nur, ist das Salz des Vergnügens.“ Das gilt auch für unsere Gewerkschaftsarbeit, davon bin ich überzeugt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Kurzum: Wer sich auf mich einlässt, lässt sich auch darauf ein, sich neuen, gelegentlich vielleicht unbequemen Fragen stellen zu müssen.

Dabei ist klar:

Erfolgreiche Veränderung kann nur ein gemeinsamer Prozess sein,

ein Prozess der Beteiligung und demokratischen Meinungsbildung.

Ein Prozess des gemeinsamen - auch kämpferischen - Durchsetzens.

Und Voraussetzung hierfür ist und bleibt die Priorität auf Mitgliederorientierung, Mitgliederwerbung in unserm Handeln.

Kolleginnen und Kollegen,

nun zu meiner zweiten Anmerkung:

Die Beschäftigtenbefragung und ihr Erfolg sind ein Beispiel breiter Beteiligung.

Die Menschen erwarten von uns, den Wandel von Arbeit und sozialer Sicherheit zu gestalten.

Wir dürfen sie nicht enttäuschen.

Es gilt nun Schlussfolgerungen aus dieser Befragung zu ziehen.

Wir brauchen die Diskussion um konkrete Ziele und Prioritäten.

Dies gilt in der Betriebspolitik, dies gilt in der Tarifpolitik. Aber auch bei unserem gesellschaftspolitischen Handeln.

Wir brauchen nicht nur eine Vorstellung über die Arbeitswelt der Zukunft, wie wir sie gerne sehen wollen.

Wir brauchen einen Plan, der uns dorthin führt.

Wir brauchen als Ergebnis eines breiten Diskussionsprozesses ein Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre.

Für unsere Tarifpolitik, für betriebspolitische Schwerpunkte.

Ganz oben steht: Sicherheit des Arbeitsplatzes, auskömmliches Einkommen.

Hier haben wir viel erreicht in den letzten Jahren. Gerade in der Krise, aber auch in unserem Kampf gegen ausufernde Leiharbeit.

Nun haben wir uns die Problematik der Werkverträge vor die Brust genommen. Auch dies verlangt wieder einen langen Atem.

Wir verlangen von der neuen Bundesregierung:

Schafft verbindliche Regelungen gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen.

Stellt endlich wieder Ordnung am Arbeitsmarkt her.

Wer diese arbeitsmarktpolitische Fehlentwicklung der Hartz-Gesetzgebung nicht deutlich und schleunigst korrigiert, hat sein Klassenziel verfehlt, Kolleginnen und Kollegen.

Die Beschäftigtenbefragung zeigt in meiner Bewertung auch:

Wir brauchen eine neue arbeitszeitpolitische Initiative

und dies gleich in mehreren Dimensionen

Ausufernde Arbeitszeiten – Ausweitung von Schichtarbeit - Verfall von Arbeitszeit - führen zu steigenden Belastungen und Leistungsdruck.

Es ist unerträglich, Kolleginnen und Kollegen, dass in Betrieben Arbeitszeit einfach verfällt oder gekappt wird.

Die Anerkennung des Werts der Arbeit beginnt damit, dass sie erfasst und vergütet wird und nicht wie schimmeliges Brot weggeworfen wird.

Flexibilitätsansprüche des Unternehmens stehen gegen Ansprüche der Beschäftigten nach Vereinbarkeit von Arbeit und Leben.

Wir brauchen neue Modelle, auch der Arbeitszeitverkürzung, um unterschiedlichen Lebenslagen gerecht zu werden.

Dies gilt nicht nur für die zwingend notwendige Fortführung der Altersteilzeit, sondern auch für Weiterbildung, Kindererziehung, Pflege.

Die Lebensentwürfe und Lebensstile der Beschäftigten werden unterschiedlicher.

Vielfältigkeit in den Belegschaften nimmt zu, das ist gut so.

Aber dies verlangt auch eine Anpassung der Arbeitsbedingungen.

Ein höherer Anteil älterer Beschäftigter erfordert weitreichende Veränderungen in Arbeitsorganisation, der Arbeitsgestaltung, der Leistungspolitik.

Einmal Band – immer Band, einmal Schicht – immer Schicht ist keine Antwort auf alternde Belegschaften, prägt aber die Berufsrealität vieler.

Wie organisieren wir Wege raus aus belastenden Tätigkeiten?

Wie erhöhen wir die Durchlässigkeit beruflicher Entwicklung für Alle?

Auch hier ist Tarifpolitik gefordert. Ich sage in diesem Kontext deutlich in Richtung Arbeitgeber: Hände weg vom tariflichen Alterskündigungsschutz!

Kolleginnen und Kollegen,

es ist offensichtlich, die Gestaltung der Zukunft verlangt die Stärkung von Mitbestimmungsrechten.

„Mitbestimmung gehört zur Substanz des Demokratisierungsprozesses unserer Gesellschaft“-formulierte Willy Brandt.

Wir haben nicht zu viel Mitbestimmung.

Nein, wir haben, das zeigt unsere Arbeitsrealität, zu wenig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben ein weiteres offenes Thema: Es ist die Angleichung Ost-West.

Nach bald 25 Jahren deutscher Einigung, ist es endlich Zeit hier wieder Fahrt aufzunehmen, Kolleginnen und Kollegen.

Diese Liste von Themen ist keineswegs vollständig. Sie ist zu erweitern.

Wir werden Prioritäten setzen müssen und daraus konkrete Handlungsschritte ableiten.

Ich möchte gerne mit Euch, in den Verwaltungsstellen, mit den Bezirken, diese Diskussion führen.

Denn wir brauchen einen breiten, beteiligungsorientierten Diskussionsprozess als Basis eines einheitlichen Handelns.

Ihr kennt das Zitat: „Wer nicht an die Zukunft glaubt, sollte keinen Baum pflanzen.“

Mit der Beschäftigtenbefragung haben wir den Baum gepflanzt, jetzt haben wir die Verantwortung, dass er gedeihlich wächst und Früchte trägt.

Kolleginnen und Kollegen,

meine dritte Anmerkung, die mir persönlich wichtig ist, gerade wenige Monate vor der Europawahl.

Wir wissen, Wachstum und Beschäftigung in Deutschland ist nur gesichert, wenn Europa im Gesamten wieder auf Wachstumskurs kommt.

Ohne Wachstum in Europa wird der soziale Sprengstoff, der sich schon heute in einem zunehmend ungleichen Europa aufgebaut hat, weiter zunehmen. Gerade bei der Jugend, die am härtesten von Perspektivlosigkeit durch Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung betroffen ist.

Sozialer Sprengstoff, leicht zu entzünden durch nationalistische Demagogen.

Wir stellen dagegen ein Europa der Fairness, des Ausgleichs. Ein soziales und demokratisches Europa.

Ein Europa, das den Menschen mehr Freiheit jenseits der Grenzen der Nationalstaaten ermöglicht.

Ein solidarisches Europa, das seinen Bürgerinnen und Bürgern mehr soziale Sicherheit bieten kann, weil es hierfür die wirtschaftliche Kraft hat.

Für ein solches Europa, gegen nationalistische Verengungen und neoliberalen Dogmatismus, sich einzusetzen, war und ist mir ein Herzensanliegen.

Es lohnt sich für ein besseres Europa zu streiten, Kolleginnen und Kollegen!

Ein Anliegen, dass ich auch gerne in der Funktion, für die ich heute zur Wahl stehe, weiter vorantreiben würde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe Euch gesagt, woher ich komme, für was ich stehe und wohin ich mit Eurer Unterstützung will.

Ihr seid der Souverän. Ich bitte Euch um Euer Vertrauen.

Und danke für Eure Aufmerksamkeit.